

18.12.01

Unterrichtung

**durch das
Europäische Parlament**

Entschließung des Europäischen Parlaments zur Vorbereitung des Europäischen Rates von Laeken

Zugeleitet mit Schreiben des Generalsekretärs des Europäischen Parlaments
- 206409 - vom 12. Dezember 2001. Das Europäische Parlament hat die
Entschließung in der Sitzung am 29. November 2001 angenommen.

Entschließung des Europäischen Parlaments zur Vorbereitung des Europäischen Rates von Laeken

Das Europäische Parlament,

- unter Hinweis auf seine Entschließung vom 25. Oktober 2001 zu den Ergebnissen der informellen Europäischen Ratstagung vom 19. Oktober 2001 in Gent¹,
 - in Kenntnis der Erklärungen von Rat und Kommission zur Vorbereitung der Tagung des Europäischen Rates am 14. und 15. Dezember 2001 in Laeken,
 - unter Hinweis auf seine Entschließung vom 29. November 2001 zu dem Verfassungsprozess und der Zukunft der Union²,
 - unter Hinweis auf den Maßnahmenkatalog der Europäischen Union zur Bekämpfung des Terrorismus, der als Antwort auf die jüngsten Terroranschläge aufgestellt wurde, sowie die Schlussfolgerungen der Tagungen des Europäischen Rates vom 21. September 2001 in Brüssel und vom 19. Oktober 2001 in Gent und seine diesbezüglichen Entschließungen vom 4. Oktober 2001³ und 25. Oktober 2001,
- A. in der Erwägung, dass sich die Union auf eine baldige Erweiterung vorbereitet, bei der sie als neue Mitgliedstaaten diejenigen Beitrittsländer aufnehmen wird, die die Kopenhagen-Kriterien rechtzeitig erfüllen, damit ihre Bevölkerung an den Europawahlen im Jahre 2004 teilnehmen kann,
- B. in der Erwägung, dass diese Vorbereitung weitere notwendige Änderungen in den Institutionen der Union und ihren interinstitutionellen Beziehungen umfasst,
- C. in der Erwägung, dass der endgültige Übergang zum Euro am 1. Januar 2002 für die Mitgliedstaaten der Euro-Zone auch vor dem Hintergrund eines weltweiten wirtschaftlichen Abschwungs stattfindet,

Die Zukunft der Europäischen Union

1. begrüßt den Beschluss des Rates unter belgischem Vorsitz, gemäß der Forderung des Europäischen Parlaments den Konvent zur Vorbereitung der Reform der Institutionen einzusetzen, und verweist auf seine oben genannte Entschließung vom 29. November 2001;

Afghanistan

2. begrüßt die jüngsten Entwicklungen in Afghanistan im Kampf am Boden gegen den Terrorismus und das Regime der Taliban und ist der Auffassung, dass es weiterhin unerlässlich ist, das Ziel der Zerschlagung des Al-Qaida-Terrornetzwerks und der

¹ Angenommene Texte Punkt 11.

² Angenommene Texte Punkt 19.

³ Angenommene Texte Punkt 4.

Gefangennahme seiner Anführer zu verwirklichen;

3. hält es für wesentlich, dass in Afghanistan eine Übergangsregierung eingesetzt wird, die aus Vertretern aller Gruppierungen in Afghanistan besteht, der unbedingt lokale Bürgerorganisationen – insbesondere Frauenvereinigungen – angehören müssen und die die Menschenrechte und das humanitäre Völkerrecht achtet, und begrüßt die Konferenz, die unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen in Bonn stattfindet;
4. fordert, dass den Vereinten Nationen bei ihrer Suche nach Lösungen und den notwendigen Mitteln uneingeschränkte Unterstützung gewährt wird;
5. begrüßt die von ECHO geleistete humanitäre Hilfe und fordert den Rat auf, in Zusammenarbeit mit den UN-Agenturen unverzüglich die erforderliche humanitäre Hilfe für die Bevölkerung in Afghanistan sowie für die Tausenden von Flüchtlingen in benachbarten Ländern bereitzustellen und ebenfalls Vorschläge für einen Plan zum Wiederaufbau des Landes entsprechend den vom Europäischen Rat in Gent festgelegten Leitlinien auszuarbeiten; fordert den Rat auf, auf Vorschlag der Kommission im Haushaltsplan 2002 angemessene Mittel vorzuschlagen;
6. bekundet den Familienangehörigen all derer, die in Afghanistan ums Leben gekommen sind, sein Mitgefühl, und insbesondere den Familienangehörigen der Journalisten, deren Arbeit ein mutiges Zeugnis der Lage vor Ort vermittelt;

Naher Osten

7. bekräftigt seinen Aufruf an Israelis und Palästinenser zu einer unverzüglichen Wiederaufnahme der Verhandlungen auf der Grundlage aller zuvor von beiden Parteien unterzeichneten Vereinbarungen; hält in dieser Hinsicht die unverzügliche und bedingungslose Umsetzung der Empfehlungen des Mitchell-Berichts für unerlässlich;
8. begrüßt die jüngsten Vorschläge des amerikanischen Präsidenten Bush und des Außenministers Powell für eine Beilegung des Konflikts zwischen Israelis und Palästinensern und vertritt die Auffassung, dass jetzt optimale Bedingungen für eine gemeinsame Initiative der Europäischen Union und der USA in der Region gegeben sind;
9. schlägt vor, dass der Europäische Rat in Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten eine neue Initiative zur Gründung eines lebensfähigen palästinensischen Staates bei uneingeschränkter Respektierung der Sicherheit und Integrität Israels einleitet;
10. bedauert nachdrücklich die Erklärungen des israelischen Premierministers Scharon anlässlich des Besuchs der EU-Troika in der Region und fordert den Rat und die Kommission auf, ihre politischen und diplomatischen Initiativen zur Wiederbelebung des Friedensprozesses entsprechend den Grundsätzen der Konferenz von Madrid weiterzuführen;
11. hält es für wichtig, der palästinensischen Bevölkerung, deren wirtschaftliche und soziale Lage äußerst ernst ist, weiterhin Unterstützung zu gewähren;

Balkan

12. begrüßt die friedlichen und geordneten Wahlen im Kosovo und insbesondere die Teilnahme aller Gruppen der Bevölkerung; fordert Ibrahim Rugova und seine Demokratische Liga des

Kosovo auf, sich um eine breitestmögliche Koalition zu bemühen, die die Interessen sämtlicher Gruppen der Bevölkerung des Kosovo vertritt;

13. ersucht die Kommission, den Rat und die Mitgliedstaaten, ihr umfassendes Engagement auf dem Balkan – auch mit Hilfe des Stabilitätspakts – weiterzuführen, um eine langfristige friedliche Entwicklung und ein Ende der anhaltenden Spannungen zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen zu gewährleisten; ermutigt alle Balkanländer, die Zusammenarbeit in der Region als Garantie für eine positive wirtschaftliche, politische und soziale Entwicklung auf dem gesamten Balkan zu fördern;
14. begrüßt die vom Parlament der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien verabschiedeten Verfassungsänderungen, die den albanischen Volkszugehörigen mehr Rechte verleihen;

Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP)

15. begrüßt die Anstrengungen der Mitgliedstaaten auf der Konferenz über die Verbesserung der Fähigkeiten, sich mit Mängeln in der Verteidigungsfähigkeit zu befassen und die Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Europäischen Union nach den Anschlägen gegen die Vereinigten Staaten am 11. September 2001 neu zu bewerten;
16. unterstreicht, dass die europäischen Operationen, damit die ESVP tatsächlich funktionsfähig wird, die mögliche Nutzung von NATO-Einrichtungen einschließen muss; fordert mit Nachdruck, dass der Europäische Rat die Funktionsweise und Finanzierung der schnellen Eingreiftruppe sowie Fragen der demokratischen Rechenschaftspflicht mit dem Ziel regelt, dass die Union einen effizienteren Beitrag zur Konfliktverhütung leisten kann;

Erweiterung

17. begrüßt den optimistischen Tenor der jährlichen Fortschrittsberichte der Kommission über die Bewerberländer; wonach bis zu zehn Beitrittsländer ihre Verhandlungen bis Ende 2002 abschließen können, unterstreicht jedoch, dass in diesen Ländern weiterhin enorme Anstrengungen, insbesondere was die Übernahme des gemeinschaftlichen Besitzstandes anbelangt, unternommen werden müssen;
18. unterstützt in diesem Zusammenhang den Vorschlag der Kommission, mehr Mittel für einen „Aktionsplan“ zum Ausbau der Verwaltungs- und Rechtskapazität der Beitrittsländer zur Verfügung zu stellen, und fordert die Kommission auf, ihm über die Durchführung des „Aktionsplans“ vor der Frühjahrstagung des Europäischen Rates im Jahre 2002 Bericht zu erstatten;
19. lehnt jede Änderung der Schlussfolgerungen des Europäischen Rates von Helsinki und der Kopenhagen-Kriterien hinsichtlich der Evaluierung der Kandidatenländer ab, die auf der Grundlage der Leistungen und entsprechend dem Grundsatz der Differenzierung vorgenommen wird;
20. bekräftigt seine Verpflichtung, sicherzustellen, dass kein Land die Verhandlungen als Geisel nutzen können sollte, und fordert den Europäischen Rat auf, gemeinsam mit ihm die jüngsten Erklärungen türkischer Minister zu verurteilen, die Türkei werde möglicherweise den besetzten Norden der Insel annektieren, wenn Zypern der Union beitrete, bevor eine politische Lösung gefunden werde; begrüßt in diesem Zusammenhang das kommende Treffen zwischen dem Präsidenten Zyperns und dem Vertreter der türkischen

Gemeinschaft;

21. bekräftigt, dass die Beitrittsländer weitere Verbesserungen vornehmen müssen hinsichtlich der Verankerung und Achtung der demokratischen, Menschen- und Minderheitenrechte, insbesondere im Fall der Roma; vertritt allerdings die Auffassung, dass eine kohärente Politik für die demokratische Beteiligung der Roma am europäischen Integrationsprozess nicht nur auf nationaler, sondern auch auf Ebene der Europäischen Union eingeleitet werden muss; fordert den Rat und die Kommission in diesem Zusammenhang auf, einen strukturierten Dialog mit den Roma-Gemeinschaften zu beginnen und die erforderlichen Verwaltungsmittel für die Einsetzung einer Task force für die Roma in der Kommission bereitzustellen;

soziale und wirtschaftliche Fragen

22. fordert den Europäischen Rat auf, die wirtschaftliche Lage von nun an regelmäßig als Tagesordnungspunkt zu behandeln, damit auf der Grundlage des Stabilitäts- und Wachstumspakts die Wirtschaftspolitik in der Europäischen Union besser koordiniert und dem gleichzeitigen weltweiten Abschwung geschlossener entgegengesteuert wird; unterstreicht ferner, dass auch unbedingt Fortschritte in Bezug auf das Steuerpaket verzeichnet werden müssen;
23. fordert, dass auf der Tagung des Europäischen Rates in Laeken in Anbetracht der Bedeutung des im Frühjahr 2000 in Lissabon vereinbarten zehnjährigen Reformprogramms sichergestellt wird, dass die zweite Frühjahrstagung zur Überprüfung in Barcelona gut vorbereitet wird; der Europäische Rat wird insbesondere aufgefordert, hauptsächlich darauf zu achten, dass der Rat in einer Art und Weise arbeitet, die gewährleistet, dass seine verschiedenen Zusammensetzungen die festgelegten Prioritäten und Fristen für die Strukturreformen einhalten;
24. ist der Auffassung, dass der soziale Dialog als ein Schlüsselfaktor zur Bewältigung der sozialen und arbeitspolitischen Herausforderungen für Europa, aber auch als ein Schlüsselfaktor beim makroökonomischen Dialog zur Entwicklung einer positiveren Interaktion zwischen Wirtschafts-, Sozial- und Beschäftigungspolitik gefördert und verstärkt werden sollte; erwartet, dass die Sozialpartner offiziell in die Vorbereitung des Frühjahrsgipfels einbezogen werden;
25. fordert den Rat auf, die vom Ausschuss für Sozialschutz vereinbarten Indikatoren für soziale Ausgrenzung zu unterstützen und sich auf eine offene Koordinierungsmethode für die Ruhegehälter zu einigen, die nachhaltige und allgemein gültige Ruhegehälterregelungen gemäß den Grundsätzen der Solidarität und des sozialen Zusammenhalts sichert;
26. unterstützt nachdrücklich die Bemühungen des Vorsitzes um ein aktives und sozial ausgerichtetes Konzept der Europäischen Union für Umstrukturierungen und fordert den Rat auf, der Kommission ein Mandat zu erteilen, ein ganzheitlicheres und aktiveres Konzept für den industriellen Wandel auszuarbeiten;
27. unterstreicht, wie wichtig ein erfolgreicher Europäischer Rat in Laeken dafür ist, dass die europäische Öffentlichkeit Vertrauen in die Verwendung von Euro-Noten und -Münzen ab 1. Januar 2002 gewinnt, was voraussetzt, dass die Öffentlichkeit umfassend über den Übergang unterrichtet ist;

28. fordert den Rat auf, konkrete Schritte gemäß der Stellungnahme des Parlaments in seiner mit überwältigender Mehrheit angenommenen Entschließung vom 13. November 2001¹ zu unternehmen und „gegenüber der Kommission seinen Vorschlag für eine Rahmenrichtlinie betreffend die Ziele und organisatorischen Modalitäten der Leistungen der Daseinsvorsorge auf der Grundlage von Artikel 95 des EG-Vertrags zu unterstützen; diese Richtlinie sollte den rechtlichen Rahmen schaffen, der die Bereitstellung der Leistungen der Daseinsvorsorge für die Bürger garantiert“;
29. begrüßt die Einleitung einer neuen Runde umfassender Handelsverhandlungen auf der vierten WTO-Ministerkonferenz in Doha, was dazu beitragen wird, das Vertrauen in die Weltwirtschaft zu fördern; fordert den Europäischen Rat auf, die Einsetzung eines parlamentarischen Gremiums der WTO, wie von Abgeordneten in Doha gefordert, zu unterstützen;

Justiz und innere Angelegenheiten

30. fordert den Rat und die Mitgliedstaaten auf, rechtzeitig für den Europäischen Rat von Laeken eine Vereinbarung über die Rahmenbeschlüsse zur Bekämpfung des Terrorismus und den Europäischen Haftbefehl unter Berücksichtigung der Stellungnahme des Parlaments zu beiden Rechtsetzungsakten zu erzielen, und verweist auf die Bedeutung dieser Rahmenbeschlüsse, um einen europäischen Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts zu schaffen;
 31. ist der Auffassung, dass die „Anzeigetafel“ der Kommission und der von dem Ratsvorsitz vorgelegte Bericht den Mangel an Fortschritten bei der Verwirklichung des Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts verdeutlichen und dass die im Vertrag festgelegten Zwischenziele und der Zeitplan nicht verwirklicht wurden, was in erster Linie auf das Erfordernis der Einstimmigkeit im Rat und den Mangel an politischem Engagement seitens der Mitgliedstaaten zurückzuführen ist;
 32. unterstützt die Errichtung des Internationalen Strafgerichtshofs und ersucht alle Staaten, dessen Statut zu ratifizieren;
- o
- o o
33. beauftragt seine Präsidentin, diese Entschließung dem Europäischen Rat, dem Rat, der Kommission und den Regierungen und Parlamenten der Mitgliedstaaten zu übermitteln.

¹ Angenommene Texte Punkt 12.